



Datenschutzhinweise

Die nachfolgenden Datenschutzhinweise geben einen Überblick über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten.

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den beantragten bzw. vereinbarten Dienstleistungen.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle:

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Matthias Roth, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin
Tel.: 030 6588770, E-Mail: datenschutz@roth-vermessung.berlin

Externer Datenschutzbeauftragter:

Dipl.-Inform. Olaf Tenti, GDI mbh
Alter Schloßweg 30, 58119 Hagen-Hohenlimburg
E-Mail: datenschutz@gdi-mbh.eu

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden/Interessenten erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Grundbuch, Liegenschaftskataster) zulässigerweise gewinnen oder von anderen Einrichtungen übermittelt werden.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG):

a) Zur Erfüllung gesetzlicher und hoheitlicher Aufgaben sowie vertraglicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. e und b DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt in erster Linie zur Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit dem Vermessungsgesetz Berlin (VermG Bln) und der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Berlin (ÖbVI-BO Bln).

Die Datenverarbeitung dient dabei insbesondere der Durchführung amtlicher Vermessungen, der Fortführung des Liegenschaftskatasters, der Erstellung von Lageplänen und

Gutachten sowie der Erfüllung gesetzlicher Nachweis- und Dokumentationspflichten.

Soweit Aufträge auf privatrechtlicher Grundlage erfolgen (z. B. Beratung, nicht-hoheitliche Vermessungsleistungen, interne Planungsdaten), erfolgt die Verarbeitung zusätzlich auf Grundlage von **Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO** zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen oder zur Erfüllung bestehender Vertragsverhältnisse.

Die konkreten Zwecke und Einzelheiten der jeweiligen Datenverarbeitung ergeben sich aus dem zugrunde liegenden Auftrag oder den einschlägigen vertraglichen Vereinbarungen.

b) Verarbeitung auf Grundlage berechtigter Interessen (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO)

In bestimmten Fällen verarbeiten wir personenbezogene Daten auch über die eigentliche Auftrags- oder Amtstätigkeit hinaus, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Vermessungsbüros oder Dritter erforderlich ist und keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen

Hierzu zählen insbesondere:

- die interne Qualitätssicherung, fachliche Nachbereitung und Dokumentation von Vermessungsaufträgen,
- die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung rechtlicher Ansprüche,
- die Sicherstellung der IT-Sicherheit, der Integrität technischer Systeme und des Datenschutzmanagements,
- die Prüfung und Verbesserung betrieblicher Abläufe sowie die Weiterentwicklung rechtmäßiger und datenschutzkonformer Dienstleistungen,
- die erforderliche Abstimmung und Kommunikation mit Fachbehörden oder Gerichten, soweit nicht bereits eine gesetzliche Verpflichtung nach Art. 6 Abs. 1 lit. c oder e DSGVO besteht.

Eine Verarbeitung auf Grundlage berechtigter Interessen erfolgt nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und unter Beachtung der Grundsätze des Art. 5 DSGVO (Zweckbindung, Datenminimierung, Speicherbegrenzung).

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO)

Eine Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nur dann auf Grundlage einer Einwilligung, wenn Sie uns diese ausdrücklich für bestimmte Zwecke erteilt haben – etwa für die Veröffentlichung von Projektergebnissen, Bildern, Referenzen oder für die Weitergabe von Daten an Dritte außerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten.

Die Verarbeitung der für die Auftragsabwicklung oder Durchführung hoheitlicher Vermessungen erforderlichen Stammdaten erfolgt dagegen nicht auf Grundlage einer Einwilligung, sondern aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b und e DSGVO.

Eine erteilte Einwilligung kann gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung.

d) Aufgrund Erfüllung eines Vertrages (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

Soweit die Datenverarbeitung nicht im Rahmen einer hoheitlichen Tätigkeit erfolgt, sondern auf Grundlage eines privatrechtlichen Auftrags (z. B. bei Beratungen, internen Planungen oder sonstigen Leistungen für Auftraggeber), dient sie der Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen sowie der Erfüllung des jeweiligen Vertragsverhältnisses.

Die Verarbeitung umfasst insbesondere die Anlage von Stammdaten, die Auftragsabwicklung, Kommunikation mit Auftraggebern, Dokumentation von Projektergebnissen, Rechnungsstellung sowie die Archivierung im Rahmen handels- und steuerrechtlicher Pflichten.

e) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt ferner, soweit dies zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich ist, denen der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur unterliegt.

Hierzu zählen insbesondere die Bestimmungen des Vermessungsgesetzes Berlin (VermG Bln), der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI-BO Bln) sowie weiterer fachrechtlicher und steuerlicher Vorschriften, wie etwa § 257 Handelsgesetzbuch (HGB) und § 147 Abgabenordnung (AO).

Die Verpflichtung umfasst insbesondere Dokumentations- und Nachweispflichten gegenüber Kataster- und Aufsichtsbehörden, Finanzbehörden sowie die Aufbewahrung der Vermessungsunterlagen gemäß § 16 ÖbVI-BO Bln (10 Jahre).

4. Wer bekommt meine Daten?

Innerhalb des Vermessungsbüros Roth erhalten nur die Personen und Stellen Zugriff auf personenbezogene Daten, die diese zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben benötigen.

Darüber hinaus können personenbezogene Daten an öffentliche Stellen weitergegeben werden, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder für die Durchführung der Vermessung erforderlich ist, insbesondere an:

- Kataster-, Vermessungs-, Bauaufsichts- und Grundbuchämter,
- Finanz- und Steuerbehörden (z. B. bei Abrechnungs- oder Prüfpflichten),
- Gerichte oder Fachaufsichtsbehörden im Rahmen gesetzlicher Mitwirkungspflichten,
- der jeweilige Auftraggeber, soweit personenbezogene Daten zur Auftragsbefreiung offengelegt werden.

Von uns beauftragte IT-Dienstleister und Auftragsverarbeiter verarbeiten Daten ausschließlich nach dokumentierter Weisung und auf Grundlage von Verträgen gemäß Art. 28 DSGVO.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union (sogenannte Drittstaaten) findet nicht statt.

6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern personenbezogene Daten nur so lange, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen, hoheitlichen oder vertraglichen Pflichten erforderlich ist.

Die Dauer der Speicherung richtet sich nach gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, fachrechtlichen Anforderungen sowie den Verjährungsfristen für mögliche Ansprüche. Maßgeblich sind insbesondere folgende Fristen:

Hoheitliche Unterlagen:

Gemäß § 16 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Berlin (ÖbVI-BO Bln) sind Vermessungsunterlagen und Messungsrisse mindestens 10 Jahre aufzubewahren. Eine Löschung erfolgt erst nach Ablauf dieser Frist, soweit keine weiteren gesetzlichen Pflichten oder behördlichen Aufbewahrungsvorgaben bestehen.

Handels- und steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten:

Nach § 257 Handelsgesetzbuch (HGB) und § 147 Abgabenordnung (AO) beträgt die Aufbewahrungsfrist für Geschäftsunterlagen, Buchungsbelege, Rechnungen und steuerrelevante Dokumente 10 Jahre, für empfangene Handelsbriefe und sonstige Unterlagen 6 Jahre.

Beweissicherungs- und Haftungsfristen:

Zur Wahrung möglicher Rechtsansprüche und im Rahmen gesetzlicher Verjährungsvorschriften (§§ 195 ff. Bürgerliches Gesetzbuch – BGB) können Daten bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden; die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt 3 Jahre.

Nach Ablauf der jeweiligen Fristen werden die Daten gelöscht oder, soweit eine gesetzliche oder fachrechtliche Verpflichtung zur weiteren Aufbewahrung besteht, archiviert.

Soweit eine Löschung aus technischen oder rechtlichen Gründen nicht möglich ist, erfolgt eine Sperrung der Daten für jede weitere Verarbeitung.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Als betroffene Person haben Sie – im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben – folgende Rechte:

- Auskunft über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO),
- Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Daten (Art. 16 DSGVO),
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO), soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder rechtlichen Pflichten entgegenstehen,
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO),
- Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO),
- Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 21 DSGVO).

Beim Auskunfts- und Löschungsrecht gelten die gesetzlichen Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG sowie Art. 15 Abs. 4 DSGVO. Darüber hinaus können gemäß § 203 StGB Informationen, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, nicht offengelegt werden.

Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten kann gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Für die Durchführung hoheitlicher Vermessungen und die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben nach dem Vermessungsgesetz Berlin (VermG Bln) ist die Bereitstellung bestimmter personenbezogener Daten zwingend erforderlich. Dazu gehören insbesondere Eigentümer-, Flurstücks- und Kontaktdaten, die für die Bearbeitung und Dokumentation der Vermessung gesetzlich vorgeschrieben sind.

Ohne die Bereitstellung dieser Daten ist eine Durchführung des Auftrags oder eine ordnungsgemäße Vermessung in der Regel nicht möglich.

Soweit Daten im Rahmen privatrechtlicher Aufträge (z. B. Beratungsleistungen oder interne Planungen) verarbeitet werden, erfolgt deren Angabe freiwillig, ist jedoch erforderlich, um den Auftrag vertraglich durchführen zu können.

9. Erfolgt eine automatisierte Entscheidungsfindung oder ein Profiling?

Eine automatisierte Entscheidungsfindung oder ein Profiling im Sinne des Art. 22 DSGVO findet nicht statt.

Sollten künftig automatisierte Verfahren im Rahmen interner Abläufe (z. B. digitale Prüfroutinen oder Qualitätskontrollen) eingesetzt werden, erfolgt dies ausschließlich zur Unterstützung der Fachbearbeitung und ohne rechtliche Wirkung für betroffene Personen. In solchen Fällen werden Sie vorab entsprechend den gesetzlichen Vorgaben informiert.

10. An wen kann ich mich bei Fragen und Beschwerden wenden?

Für datenschutzrechtliche Fragen, Hinweise oder zur Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den in Abschnitt 1 genannten Verantwortlichen bzw. den dort benannten Datenschutzbeauftragten.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin

Telefon: 030 13889 0

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Internet: www.datenschutz-berlin.de

Zur Wahrung Ihrer Rechte steht Ihnen zudem der Rechtsweg zu den zuständigen Verwaltungs- oder Zivilgerichten offen.

11. Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO (Direktwerbung):

Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure unterliegen gemäß § 11 Abs. 3 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure in Berlin (ÖbVI-BO Bln) einem ausdrücklichen Werbeverbot.

Daher erfolgt keine Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke der Direktwerbung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 DSGVO.

Ein Widerspruchsrecht gegen Direktwerbung ist folglich nicht einschlägig.

Stand der Datenschutzhinweise: 2026-04